

# Berliner Tageblatt

mit „Zeitgeist“



## Spanien gewährt Waffenstillstand auf Kuba.

In unserer Sonntagsnummer hatten wir bereits aus diplomatischen Kreisen mittheilen können, daß die europäischen Bemühungen gegenwärtig auf die Herbeiführung eines Waffenstillstandes zwischen Spanien und den kubanischen Insurgenten gerichtet seien. Diese Meldung hat sich in der That bewahrheitet, und Spanien hat, als letztes Zugeständnis, den Waffenstillstand auf Kuba proklamiert. Wir erhalten darüber von unsern nach Madrid entlandenen Korrespondenten folgendes Privat-Telegramm:

In der Nachmittagsbörse cirkulirte die Nachricht, die Großmächte seien unter dem Einfluß auf Präzedenzfälle in die spanische Regierung gebrungen, den Insurgenten einen Waffenstillstand zu gewähren. Der heutige Ministerrath hat darauf beschloffen, einen sechstägigen Waffenstillstand zu gewähren, am den Insurgenten Zeit zu lassen, sich zu unterwerfen. Wenn die Insurgenten innerhalb von sechs Tagen dieser Aufforderung nicht nachkommen sein sollten, werden die Feindseligkeiten neu beginnen. Die Botschaft, welche die Nachricht sehr günstig auf. Die Finanzkreise sind überzeugt, daß der Frieden erhalten bleiben werde, während die diplomatischen Kreise einen Grad weniger optimistisch sind.

Und unser Korrespondent telegraphirt uns aus Madrid: Der späte Entschluß zur Gewährung eines Waffenstillstandes ist ausschließlich der Energie der Königin-Regentin zu verdanken, welche die Maßregel dem Ministerium förmlich abzwang. An sich war Sagasta von Anfang an kein Gegner des Waffenstillstandes, nur hegt er noch heute die Ueberzeugung, daß die Konzeßion wenig oder gar nichts nützen werde. Gleich Sagasta glauben die Generale Martinez Campos und Weyler, daß die Aufständischen die Waffen nicht niederlegen, ebenso wenig wie die Amerikaner ihre Intrigen einstellen werden. Immer mehr bricht sich hier die Ueberzeugung Bahn, daß Amerika die Annexion Kubas anstrebt, daher seien alle Zugeständnisse unnütz. In den Militärkreisen wurde die Maßregel den denkbar schlechtesten Eindruck. Die Militärpresse sowie die unabhängige Presse führen deshalb eine heftige Sprache gegen die Regierung, welche General Weylers Organ, den „Nacional“, beschlagnahmen ließ. Die Regierung übt eine scharfe Zensur aus. In den letzten drei Tagen wurden mindestens 300 Depeschen inhibirt.

Von anderer Seite wird dazu aus Madrid gemeldet: Die Botschafter hatten am Sonnabend dem Minister des Auswärtigen Gullon einen Besuch ab, wobei sie ihm die Vertheilung frieblicher Zustände dringend anriethen, um für entscheidende Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten Zeit zu gewinnen. Die Botschafter machten den Vorschlag, den Aufständischen auf Kuba einen Waffenstillstand anzugehen. Gullon begab sich sofort zur Königin-Regentin und veranlaßte hierauf den Ministerpräsidenten Sagasta telefonisch, den Ministerrath zu berufen. Nach zweitägiger Beratung des letzteren wurde beschloffen, angesichts des Schrittes der Mächte den General Blanco zu ermächtigen, für einen ihm angemessenen erscheinenden Zeitraum den Aufständischen einen Waffenstillstand zu gewähren. General Blanco wurde von diesem Beschlusse sofort telegraphisch in Kenntniß gesetzt und diese Ermächtigung des Generals durch eine offiziöse Note öffentlich bekannt gemacht. Der Kriegsminister Corra erklärte beim Verlassen des Ministerrathes mehreren Journalisten, der Ministerrath habe den Bitten der Mächte nachgegeben und das zugestanden, was er den Vereinigten Staaten verweigert haben würde. — Der amerikanische Botschafter Woodford hatte nach dem Ministerrath mit Gullon eine Unterredung und sprach im Verlaufe derselben seine Befriedigung über den Beschluß aus. Der Minister des Innern richtete an die Provinzialbehörden ein Rundschreiben, in welchem er die augenblickliche Situation darlegte.

Wie verlautet, sollen der Waffenstillstand und die Zurückziehung der amerikanischen Geschwader aus der Nähe von Kuba und den Philippinen die Grundlagen für die diplomatischen Verhandlungen bilden. Falls der Krieg nicht sofort beendet werde, so habe Amerika die Verpflichtung, jede moralische und materielle Stütze den Insurgenten zu entziehen. Man glaubt an eine neue Ausschüßung der Botschaft Mac Kinleys an den amerikanischen Kongreß. Die „Epoca“ vermutet, sie werde erst nächsten Freitag übermittelt werden. Der „Imparcial“ schreibt: Wenn namhafte Unterwerfungen von Aufständischen stattfänden, und wenn die Vereinigten Staaten ihre Schiffe zurückzögen, werde man schnell zum Frieden gelangen, anderenfalls werde der Krieg auf Kuba fortgesetzt werden.

Nach einer Meldung des „Temps“ aus Madrid wäre die äußerste Konzeßion, welche Spanien machen würde, die, den Anklagen eine Autonomie nach dem Muster Kanadas zu gewähren, wie es die Radikalen und Autonomisten auf Kuba verlangen.

## Straßenunruhen in Madrid.

Leider hat der so vernünftige und nothwendige Schritt der spanischen Regierung der Militärpartei und den Karlisten den Vorwand gegeben, Straßenunruhen in Madrid zu untern. Unser Korrespondent meldet uns darüber aus Madrid auf telegraphischem Wege:

Hier ist seit gestern eine starke Zunahme der Erregung zu erkennen. Der Hauptplatz Madrids, die Puerta del Sol, und die angrenzenden Straßen waren gestern Abend der Schauplatz ziemlich ständiger Manifestationen gegen den Waffenstillstand. Die Stadt war infolge eines großen Stierkampfes ohnehin sehr belebt. Am neun Uhr Abends sammelten sich auf der Puerta del Sol etwa fünfthausend Menschen. In mehreren Punkten des Platzes hielten Herren Ansprachen, worin die Regierung heftig angegriffen wurde, Alles schrie: „Hoch die Armees, hoch Spanien, nieder die Verächter“. Der vordringende General Voron verließ seinen Wagen und hielt eine patriotische Ansprache. Der Gouverneur, General Aquilera, begab sich gleichfalls unter die Menge und ludte sie zu beruhigen. Die Menge wuchs indessen noch mehr

an, wurde aber durch Polizei und Kavallerie verhinbert, vor das Schloß und die amerikanische Gesandtschaft zu ziehen. Bei den Kundgebungen wurden einige Personen verwundet. Mehr als 100 Verhaftungen wurden vorgenommen. Unter den festgenommenen befinden sich der frühere Deputirte Galvez Folguin sowie zahlreiche Journalisten. Im Mitternacht kam es nochmals zu einigen Zusammenstößen an der Puerta del Sol; diese wurden von der Polizei aus einander getrieben, wobei einige Personen leicht verletzt wurden. Heute fordert der Gouverneur die Bevölkerung durch Plakate zur Ruhe auf.

Die niederen Volksklassen sind durch die sehr heftig geäußerte Sprache gewisser Blätter, besonders des kleinen, viel gelesebenen „Dyffinitionsblattes Paris“, sehr aufgeregt. In Regierungs- und diplomatischen Kreisen herrscht völlige Ungeheißtheit selbst über die nächste Zukunft. Man erwartet mit ängstlicher Spannung die morgigen Ereignisse in Washington sowie die Nachricht, wie die Antwort der Insurgenten auf das Angebot eines Waffenstillstandes lauten werde. Besonders in diesem Punkte ist man vielfach sehr pessimistisch.

In der That soll, wie der „Newport Herald“ zu melden weiß, Maximo Gomez in einem Brief an den amerikanischen Konsul Barker in Sagua la Grande Namens der „provisorischen Regierung“ den Waffenstillstand zurückgewiesen haben, falls nicht die Spanier Kuba räumen. General Alfonso Lee ist von Habana abgereist. Eine aus Manilla in Madrid eingetroffene Depesche meldet, daß der dortige amerikanische Konsul ebenfalls abgereist ist.

Madrid, 10. April. (M. T. B.) Nach einer telegraphischen Meldung von den Philippinen benachrichtigt sich die kaiserliche Presse. (2) Die Garnison vertheilte sich zurück und vertrieb die Aufständischen. Letztere verloren 500 Mann, während der Verlust der spanischen Truppen ganz geringfügig sei.

## Die letzten Meldungen aus Washington.

Ueber die Wirkung des Waffenstillstandes auf die Beziehungen zwischen Spanien und Amerika gehen die Ansichten weit aus einander. In Rom scheint man recht optimistisch zu sein. Unser dortiger Korrespondent telegraphirt uns:

Der „Observatore“ sollte heute Abend ein Telegramm des Madrider Buntius über den Waffenstillstand veröffentlichen. In letzten Ausgaben betam das Blatt aber Controverden, angeblich, weil der Buntius hofft, nicht nur einen Waffenstillstand, sondern einen Ausgleich beider Staaten veröffentlichen zu können.

In London ist man schon weniger vertrauensselig. Eine Depesche unseres Korrespondenten meldet uns:

Obwohl die Gewährung des Waffenstillstandes seitens Spaniens keinen Einfluß auf die heutige Ueberzeugung der Botschaft des Präsidenten Mac Kinley und dessen Politik ausüben dürfte, ist die Kriegserklärung kaum unmittelbar zu erwarten. Es ist unwahrscheinlich, daß bei der neuesten Gestaltung der Lage der Kongreß sofort auf die Botschaft Mac Kinleys reagieren wird, vielmehr ist anzunehmen, daß diese zunächst den Kommissionen beider Häuser für auswärtige Angelegenheiten überwiesen und im Plenum diskutirt wird. Der einflussreiche Präsident des Repräsentantenhauses ist für den Frieden. Entgeltliche Entschlüsse sind kaum vor Schluß der Woche zu erwarten.

Auch in Madrid selbst scheinen die Hoffnungen in letzter Stunde wieder herabgestimmt zu sein. Unser dortiger Korrespondent telegraphirt:

Abends cirkulirten hier unkontrollirbare Gerüchte, welche eine Verschlimmerung der Lage melden. Zahlreiche diplomatische Konferenzen fanden statt. Nachmittags herrschte in der Stadt große Bewegung, welche jedoch keinerlei Bestätigung veranlaßte.

Aus Washington direkt liegen folgende Meldungen vor: Spanien hat durch die Hände des Sealanden Bernabe dem Staatsdepartement ein wichtiges Dokument übergeben lassen, in welchem amtlich der zugestandene Waffenstillstand notifizirt und zugleich an die Gewährung liberaler Einrichtungen auf Kuba erinnert sowie das Anerbieten wiederholt wird, die Frage des „Maine“-Unfalles einer von den Seemächten einzuziehenden Expertenkommission zu unterbreiten. Das Kabinett hat sich mit dieser spanischen Note beschäftigt, welche indessen nach Ausweitung eines Kabinettsmitgliedes weder an der Botschaft des Präsidenten noch an der allgemeinen Lage etwas ändern dürfte.

Auch ein zweites Telegramm aus Washington besagt, daß in der Absicht, die Botschaft des Präsidenten Mac Kinley am Montag dem amerikanischen Kongreß vorzulegen, durch die Entschädigung der spanischen Regierung, den Waffenstillstand zu erklären, nichts geändert worden sei.

Trotzdem ist bis zur Stunde nicht bekannt geworden, daß eine Botschaft Mac Kinleys ergangen sei.

Die „Times“ meldet aus Reyweß vom 10. d. M.: Ueber 2000 Bewohner von Reyweß haben die Insel verlassen aus Furcht vor einem Bombardement durch die spanische Flotte.

## Die neue Auflage gegen Zola.

(Privat-Telegramm unseres Korrespondenten.)

Zola und der veranwortliche Redakteur der „Aurore“, Perreux, erhielten am Dienstag die Vorladung, am 23. Mai vor dem Pariser Schöwurgericht zu erscheinen, unter der Auflage, das Esterhazy-Kriegsgericht durch nachstehenden Satz des Briefes Zolas an den Präsidenten Faure beleidigt zu haben: „Ein Kriegsgericht mag es, auf Befehl eines Esterhazy freizusprechen, aller Wahrheit, aller Gerechtigkeit verwegens ins Gesicht schlagen.“

Die Vorladung weicht von der des ersten Prozeßes dadurch ab, daß darin der Satz fehlt: „Um die von dem ersten Kriegsgericht begangene Ungeheißtheit zu decken.“ Mit dieser Modifikation wird zweifellos bezweckt, die Vertheiliger Zolas zu vergeblich, daß sie für die in dem Drehstuhlprozeß verübte Ungeheißtheit den Wahrheitsbeweis zu erbringen suchen, um eine gerichtliche Grundfrage die Revision der Drehstuhlprozeß zu gewinnen. Die Staatsanwaltschaft wurde zu diesem besonders vorfichtigen

Vorgehen offenbar durch die von dem Kassationsgerichtsrath Chambard abgegebene Erklärung veranlaßt. Entgegen dem usus, wurde die Vorladung an einem Feiertage zugestellt. Dies ist nur trotz spezieller Ermächtigung des Richters statthaft in Fällen, wo Gefahr im Verzuge ist. Die Vertheiliger der Mitglieder des Kriegsgerichts, welche als Civilpartei sich dem Prozeßverfahren anschließen, dürften der Stadtträger der Advokatenkammer Noger und Zénonas, der bekannte Vertheiliger Esterhazy, übernehmen, vielleicht auch Adokat Desplas, der Vertheiliger Rochefort gegen Reimach.

Die Generalabtheilung ist von der Entschädigung des Justizministers, den Prozeß Zola unter der Leitung des Appellationspräsidenten Perrier in Versailles durchzuführen, höchst bedrückt. Perrier steht im Ruhe eines sehr schneidigen Richters, die Antisozialisten hoffen, daß er den Vertheiliger Zolas mit der entsprechenden Schärfe entgegenzutreten werde. Versailles als Garnisonstadt und militärisches pensionopolis par excellence bietet die Gewähr dafür, daß die Geschworenenbank überwiegend aus Armeenthusiasten zusammengesetzt sein werde.

Die Abgeordnete sehen ihre Angriffe gegen den italienischen Militärbevollmächtigten Oberst Panizzardi fort. Der „Jour“, das Reibblatt Esterhazy's, schreibt: „Wir haben erwartet, daß Oberst Panizzardi den Bericht des Grafen Casella bemerken werde. Das Document ist ausgeblieben. Wir haben also einen diplomatischen Agenten vor uns, welcher in Betreff unserer inneren Angelegenheiten Partei ergreift und sich offen auf die Seite der Feinde unserer Staatsinstitutionen stellt. Es ist dies eine ungeheuerliche und unerhörte Sache. Und dabei erhielt Panizzardi seitens seiner Regierung nicht nur keinen Tadel, die italienische offiziöse Presse billigt sogar sein Vorgehen. Es ist unerlässlich, daß Minister Stancauz in Rom ungefähr energische Vorstellungen erhebt.“

## Eine Rede des Kaisers Franz Joseph.

(Telegramm.)

Budapest, 11. April. Die beiden Häuser des Reichstages hielten heute eine gemeinschaftliche Sitzung ab, in der das vom Könige sanktionirte Gesetz betreffend die Vertheiligung der Fete zur Erinnerung an den 6. März der 1848er Gesetze vertheilt wurde. Nach der Sitzung führten die Mitglieder beider Häuser nach der Oefener Königsburg, wo der Präsident des Abgeordnetenhauses Eszlachi Namens der beiden Häuser dem Könige den Dank für die Sanktionirung dieses Gesetzes ausdrückte und ihm die Fuldigungsadresse derselben unterbreitete. König Franz Joseph erwiederte hierauf mit folgender Rede:

Die Vertheiligung der freien Unabhängigkeit der in Reichstagen meiner Länder Ungarn, Kroatien und Slavonien verammelten Magnaten und Abgeordneten nehme ich mit besonderer Freude und innigstem Danke an, zumal am heutigen Tage, der die halbhundertjährige Wiederkehr des Zeitpunktes jenes denkwürdigen (1) geschichtlichen und wichtigen Ereignisses bedeutet, da die 1848er Gesetze, welche die alte ständische Verfassung und das gesammte öffentliche Leben der Länder meiner ungarischen Krone in einen den Anforderungen der neuen Zeit entsprechenden Geiste umgestalteten, die königliche Sanktion erhielten. Mit Freude habe ich den Geselentontfunktioin, in welchem die Nationalfeier des Andenkens an die Schöpfung jener Gesetze festgehalten wird, und dessen Annahme von patriotischer Weisheit eingeleitet wurde, nach welchem die zwischen den Ländern meiner ungarischen Krone und meinen übrigen Königreichen und Ländern bestehenden gemeinsamen Angelegenheiten auf verfassungsmäßigen Wege zu behandeln und die auf der pragmatischen Sanktion beruhenden Verpflichtungen hinsichtlich der gemeinsamen Vertheiligung zu leisten sind, wie auch jener Mobus, nach welchem das staatsrechtliche Verhältnis zwischen Ungarn und dessen Nachbarländern handig geordnet wurde, so hat fürwahr die umgestaltete Verfassung der 1848er Gesetze jene Grundlage geschaffen, auf welcher die ständige Existenz der Länder der ungarischen Krone in neuerer Zeit beruht, und auf welcher die geistige und materielle Entwicklung derselben in so erfreulicher Weise fortschritt. Ich vertraue auf den Patriotismus der Völker in den Ländern meiner ungarischen Krone sowie auf die umsichtige, besondere Weisheit ihrer Gesetzgeber und hoffe, daß auf der bestehenden Grundlage die Fortentwicklung der staatlichen Existenz sich stets auf einem Wege vollziehen werde, der zur Förderung des wahren Wohles des Landes und mittelbar zur Förderung der Vervollständigung und des Aufstehens der Monarchie führt. Auf diesem Gebiete und in dieser Richtung können Sie stets auf mein Wohlwollen und auf meine wirksame Unterstützung rechnen. Zudem ist den Umständen bitte, unsern gemeinsamen Streben nach diesem Ziele keinen zehenden Segen zu verleihen, versichere ich Sie meiner unveränderten Treue.“

## Rußland und die englische Pachtung Weithalweis.

Wie uns unser Petersburgischer Korrespondent meldet, ist in Rußland die Stimmung über die Pachtung Weithalweis durch England eine sehr erregte. In einigen Kreisen vertheilt man, daß durch diesen Schachzug Englands der Besitz von Port Arthur seine Bedeutung verloren habe, und vergißt dabei ganz, daß man noch vor zwei Wochen der Welt weis machen mochte, daß die Besetzung Port Arthurs durch Rußland eine Maßregel von eminent friedlicher Bedeutung sei, über die eigentlich alle Nationen in helles Entzücken gewahren sollten. Die „Novoje Vremja“ schreibt, alle in Ostasien interessirten Mächte bemühten sich, die günstige Stellung einzunehmen.

England natürlich wollte sich den Sämenantheil bei der Theilung der Einflusssphären sichern; Weithalweis genaugenue nicht, es fordere eine Entscheidung für die Konzeßion Chinas an Frankreich und werde sie wahrscheinlich erreichen unter dem bekannten Vorwande: „Das Gleichgewicht der Kräfte“. In Ostasien beginne zwischen den vier Mächten ein sogenannter friedlicher Wettstreit, der jedoch die Möglichkeit einer Mißverständnisse nicht ausschließt. Rußlands Rolle habe zweifelhafte Vorzüge; seine Interessen solidiren in Ostasien nicht mit denen Frankreichs und Deutschlands. Gegen England richteten Rußland die bedeutende Länge der unruhigen Landgrenze von Sibirien über bis nach Korea und die freundschaftlichen Beziehungen zu China. Nichts hindere jetzt, das angelegene Werk in Ostasien fortzusetzen. Wenn erst Port Arthur und Talienwan durch die Eisenbahn mit der sibirischen Bahn verbunden seien, würde es nur Wenige geben, die Rußlands Ueberlegenheit in Vorderasien ableugnen.

Die „Herbuzsija Wjedomosti“ konstatiren desgleichen, daß England das Gleichgewicht gestört habe, und daß die